

## Serbien nach Milošević: Stabilitätsfaktor in Südosteuropa?

### 1. Einführung

Javier Solana, EU-Beauftragter für Außen- und Sicherheitspolitik, gab sich Anfang Oktober 2000 anlässlich einer internationalen Tagung ungläubig: Seit 1991 haben die EU und ihre Mitglieder über achtzehn Milliarden Euro auf dem Balkan investiert, um die Balkanländer der Integration anzunähern. Manche von ihnen hätten bereits einen Kandidaten-Status oder könnten auf Wirtschafts- und Finanzhilfe aus dem Stabilitätspakt hoffen. Serbien sei der Hauptfaktor für die Instabilität der Region, und die Hoffnung der Union sei, dass eine stabile Aufwärtsentwicklung der Nachbarländer Serbiens eine Vorbildfunktion und einen Einfluss für und auf dieses ausüben werde. Ein geklärtes Verhältnis Serbiens zu Kosovo-Albanern, zu Minderheiten im Lande und zu Landsleuten wie den Serben in der bosnischen Republika Srpska würde zeigen, wie weit sich Serbien gewandelt habe. Die EU sei bereit, die demokratischen Kräfte in Serbien für längere Zeit zu unterstützen und werde das durch die Aufhebung der Sanktionen beweisen, sobald die serbische Opposition die Macht übernommen haben werde.<sup>1</sup>

Das war eine gute Woche nach den jugoslawischen Wahlen vom 24. September 2000, aber noch vor dem endgültigen Sturz des Slobodan Milošević am 5. Oktober 2000. In jedem Fall klang es sehr viel unbestimmter als das, was Bodo Hombach, Beauftragter für den Stabilitätspakt Südosteuropa, noch vor den Wahlen in einer serbischen Zeitung angeboten hatte:

„Das Volk Serbiens muss wieder in die europäische Völkergemeinschaft aufgenommen werden. Die Welt ist bereit, mit aller Kraft ein demokratisches Serbien zu unterstützen. Die Kommission der Europäischen Union beabsichtigt, zu dessen Erneuerung mehr als vier Millionen Mark beizusteuern – unter der Voraussetzung, dass eine friedliche demokratische Umgestaltung beginnt. (...) Europa wartet mit Ungeduld darauf, dem serbischen Volk endlich die Hand reichen zu können“.<sup>2</sup>

Beide Äußerungen (symptomatisch für viele ähnliche) signalisierten zugleich Hilfsbereitschaft und Hilflosigkeit – Hilfsbereitschaft für ein Land, das in zehn Jahren Milošević-Diktatur zum „Armenhaus Europas“ (B. Hombach) geworden war, aber auch Hilflosigkeit gegenüber Serbien, welches internationale Boykottpolitik dem Diktator faktisch so ausgeliefert hatte, dass man kaum noch Informationen über dessen politische Prozesse und gar keinen Einfluss auf diese besaß. Aus verständlicher Aversion gegen Milošević hatte die internationale Gemeinschaft die NATO-Mission (23. März - 12. Juni 1999) gestartet, die politisch verheerend (da an den UNO vorbei lanciert)<sup>3</sup> und militärisch stümperhaft war (38 000 Bomberflüge zur Zerstörung von dreizehn serbischen Panzern)<sup>4</sup>, zudem dem Belgrader Diktator einen partiellen Loyalitätsschub einbrachte. Aus derselben Aversion heraus war der Stabilitätspakt („Keine Hilfe für Serbien, solange Milošević an der Macht ist“, B. Hombach) als kollektive Bestrafung aller Serben eines Mannes wegen exekutiert worden, was wohl die illusorische Erwartung einschloss, Sicherheit und Prosperität in Südosteuropa ohne oder gar gegen das größte Slawenvolk dieser Region erlangen zu können.

---

1 Bericht im Montenegrinischen Fernsehen (TV CG), 3.10.2000.

2 B. Hombach: Budućnost Srbije je u Evropi (Serbiens Zukunft liegt in Europa), in: Blic online, 21.9.2000.

3 Charles J. Dick: Kosovo's legacy for the future of NATO, in: Jane's Intelligence Review, July 1999, S. 10-15.

4 Tim Ripley: Kosovo: a bomb damage assessment, in: Jane's Intelligence Review, September 1999, S. 10-13.

Alle diese Probleme haben allein die Serben aus dem Weg geräumt oder ihre Lösung auf einen guten Weg gebracht: Erstmals seit Beginn der Neunzigerjahre kann Serbien (Jugoslawien) nicht nur als ein Stabilitätsfaktor in Südosteuropa angesehen werden, durch seine Rückkehr in internationale Organisationen (OSZE etc.) hat es auch die damit verbundenen Sicherheitsgarantien übernommen, und durch seine Neuansätze gegenüber seinen Nachbarn bietet es die Perspektive, ein solider Partner in überstaatlichen Regionalintegration zu werden.<sup>5</sup>

Diese staunenswerte Wandlung war, wie gesagt, das alleinige Werk der Serben, und aus eigenem Verschulden konnte die internationale Gemeinschaft nicht anders, als die serbischen Umbrüche seit September 2000 mit nahezu ungläubiger Überraschung zu registrieren:

- Gegen alle Tricks (Verfassungsänderungen, geänderte Wahlkreise<sup>6</sup>), Fälschungen (Stimmen aus dem Kosovo) und Übergriffe des Regimes (absolutes Medienmonopol) gewann die Demokratische Opposition Serbiens (DOS) am 24. September die jugoslawischen Präsidenten- und Parlamentswahlen überzeugend.
- Bar jeder Angst vor der Armee (Vojska Jugoslavije, VJ), die ohnehin zu 80 % für die DOS gestimmt hatte, und vor der Polizei (MUP), die zu den Demonstranten überlief, stürmten Hunderttausende Serben am 5. Oktober die Belgrader Bastionen des Regimes (Parlament, RTS-Funkhaus etc.) und vollzogen damit dessen Sturz.
- Der DOS-Sieg in Jugoslawien war so überwältigend, dass Miloševićs Sozialisten die Macht in Serbien freiwillig teilten und am 16. Oktober in die Bildung einer Übergangsregierung mit der DOS und in vorgezogene Neuwahlen einwilligten.
- Die serbischen Wahlen vom 23. Dezember vollendeten den Sieg der DOS und die Niederlage des Regimes. Die 250 Sitze des Serbischen Parlaments wurden entsprechend den folgenden Wahlergebnissen verteilt:<sup>7</sup>

PARTEI	STIMMENANTEILE	SITZE
DOS	64,08	176
Sozialisten (SPS)	13,76	37
Radikale (SRS)	8,59	23
Partei d. serb. Einheit (SSJ)	5,33	14

Die vielleicht größte, gewiss aber längst wirkende Überraschung sind der neue politische Stil und die gewandelten Prioritäten der neuen Machthaber in Belgrad: Man vergegenwärtigt sich und anderen die Milošević-Politik samt deren kausaler Verantwortung für das aktuelle Elend in Serbien – und realisiert das diametrale Gegenteil davon. Und das ohne jeglichen opportunistischen Übereifer: Milošević war in seiner Unberechenbarkeit berechenbar, man wusste, dass er alles konzedierte und nichts einhielt – sein Nachfolger im jugoslawischen Präsidialamt Vojislav Koštunica ist in seiner Berechenbarkeit unberechenbar. Für ihn besteht allein das aus demokratischen Strukturen heraus gesetzte Recht, dem er unter optimaler

5 Detailliert dazu das Interview mit dem neuen jugoslawischen UN-Botschafter Dejan Šahović, in: Blic 5.2.2001.

6 Die neue Wahlkreiskarte sah wie folgt aus (Nummer des Wahlkreises, Name, Zahl der Wähler, Zahl der Abgeordneten): 1. Palilula 292 522, 4; 2. Voždovac 346 592, 5; 3. Novi Beograd 348 387, 5; 4. Čukarica 363 864, 5; 5. Subotica 165 326, 3; 6. Zrenjanin 306 077, 5; 7. Pančevo 263 350, 4; 8. Sombor 168 392, 3; 9. Novi Sad 273 779, 4; 10. Vrbas 195 258, 3; 11. Sremska Mitrovica 237 116, 4; 12. Valjevo 185 876, 3; 13. Šabac 242 049, 3; 14. Smederevo 179 047, 3; 15. Požarevac 196 730, 3; 16. Kragujevac 243 838, 4; 17. Jagodina 208 388, 3; 18. Zaječar 262 942, 4; 19. Užice 257 633, 4; 20. Čačak 185 966, 3; 21. Kraljevo 233 788, 3; 22. Kruševac 220 764, 3; 23. Niš 328 020, 5; 24. Prokuplje 839 609, 10; 25. Leskovac 198 992, 3; 26. Vranje 672 892, 9; als 27. Wahlkreis war Montenegro vorgesehen, das die Wahlen boykottierte.

7 Milan Milošević: Nova vlada Srbije – Interesantno komponovano telo (Die neue Regierung Serbiens – Ein interessant komponierter Körper), in: Vreme, 25.1.2001, S. 16-18.

Wahrung nationaler Interessen und maximaler Nutzung von „Bedenkzeit“ Geltung verschaffen will.<sup>8</sup> Eben diese Triade aus Rechtsfundamentalismus, Interessenpolitik und prozeduraler Umsicht überfordert manchen, aber die Vorteile liegen auf der Hand: Aus Belgrader Zentralen kommen lange überlegte, multilateral abgestimmte und rechtlich „wasserdichte“ Entscheidungen, die sich vorrangig auf Probleme des eigenen Staates und akute Nöte der eigenen Bevölkerung richten.

## 2. Die neue Regierung und ihr Programm

Noch zu Jahresbeginn 2001 herrschte in Belgrad die Meinung vor, die neue serbische Regierung werde ein effizientes Expertenteam sein, bei dem Parteizugehörigkeit weiter keine Rolle spiele. Die Namensliste der Regierungsbildung vom 22. Januar 2001 las sich indessen wie ein Who-is-who der DOS:<sup>9</sup>

<b>Name (Jahrgang)</b>	<b>Amt, Ressort</b>	<b>Partei</b>
Đinđić, Zoran (1952)	Premier	Demokr. Partei (DS)
Čović, Nebojša (1958)	Vize-Pr., Wirtsch. u. Finanzen	Demokr. Altern. (DA)
Obradović, Vuk (1947)	Vize-Pr., Kampf g. Korruption	Sozialdemokr. (SD)
Mihajlović, Dušan (1948)	Vize-Pr., Polizei	Neue Demokratie (ND)
Kasa, Jožef (1945)	Vize-Pr., Landwirtschaft	Verband d. Ungarn d. Wojwodina
Korać, Žarko (1947)	Vize-Pr., Kultur	Sozialdemokr. Union (SDU)
Pravdić, Aleksandar (1958)	Vize-Pr., Wirtsch.	Christdemokr. P. Serbiens (DHSS)
Perišić, Momčilo (1944)	Vize-Pr., nation. Sicherheit	Bewg. f. demokr. Serbien (PDS)
Batić, Vladan (1949)	Min. f. Justiz	DHSS
Knežević, Gašo (1953)	Min. f. Bildung	Serbische Bürger-Union (GSS)
Milovanović, Vojislav (1947)	Min. f. Kulte	parteilos
Domazet, Dragan (1949)	Min. f. Wissenschaft	DS
Vuksanović, Dragan (1956)	Min. f. Jugend u. Sport	Demokr. Zentrum (DC)
Vlahović, Aleksandar (1963)	Min. f. Privatisierung	parteilos
Veselinov, Dragan (1950)	Min. f. Landwirtschaft	Koalition Wojwodina (KV)
Novaković, Goran (?)	Min. f. Bergbau u. Energie	parteilos
Matković, Gordana (1960)	Min. f. Soziales	DS
Đelić, Božidar (1965)	Min. f. Finanzen	parteilos
Milovanović, Dragan (1955)	Min. f. Arbeit	Verb. unabh. Gewerksch. (ASNS)
Pitić, Goran (1961)	Min. f. ökon. Auslandsbeziehungen	parteilos
Vukosavljević, Marija (1962)	Min. f. Verkehr	parteilos
Šumarac, Dragoslav (1955)	Min. f. Bauwesen	parteilos
Joksimović, Obren (1952)	Min. f. Gesundheit	Demokr. P. Serbiens (DSS)

8 Vojislav Koštunica (Interview): Država je važnija od Haga (Der Staat ist wichtiger als Den Haag), in: NIN, 16.1.2001, S. 14-18.

9 Biographien in: Vreme, 25.1.2001, S. 16-18.

Unverkennbar gibt es in der Regierung einige parteilose Experten, etwa den Energieminister Goran Novaković, von dem die Presse nicht einmal das Geburtsdatum herausfand, weil sein ständiger Wohnsitz London ist. Davon abgesehen überwiegen die bekannten Führer der DOS, was Vorteile in der Sache und Nachteile im Tempo impliziert: Es kann nur förderlich sein, wenn wichtigste Fragen, etwa die Privatisierung der Wirtschaft, im Wege einer Konsensbildung innerhalb der DOS entschieden werden – wie es aber auch hinderlich anmutet, wenn gerade drängendsten Fragen eine langwierige Konsensbildung vorgeschaltet ist.

Im Übrigen darf man diesen Aspekt auch nicht überbewerten: Die DOS – wann wird sie eigentlich ihren Namen ändern, da sie ja längst nicht mehr Opposition ist? – besteht aus 19 Formationen, im Grunde sogar aus 34, da einige Gruppierungen ihrerseits Koalitionen sind. Zu dieser Zahl kontrastiert die von früher 26 auf nunmehr 17 Ministerien reduzierte Regierung. Wobei diese Verbindung ja kaum geschehen wäre, hätte bei der Regierungsbildung eine politische „Versorgungsmentalität“ unter Bündnispartnern eine größere Rolle gespielt. Serbische Kommentatoren betrachteten verwundert die Duplizität von Zuständigkeiten, wie sie partiell zwischen Vizepremiers und Ressortministern gegeben ist, berechneten daraus die möglichen Konflikthanlässe zwischen den „Königsambitionen der DOS-Fürsten“ und waren dann bereit, die ganze Regierungsbildung sozusagen als intendierten Härte-test für die kollektive Bereitschaft zur Bewältigung schwerstwiegender Probleme zu werten.<sup>10</sup> Zumal der systematische Grundunterschied unverkennbar ist: Unter Milošević dirigierte starke Persönlichkeiten geschwächte Institutionen – die DOS bestückt gestärkte Institutionen mit „auswechselbaren Persönlichkeiten, auch wenn diese momentan unangreifbar anmuten mögen“.<sup>11</sup>

Die Regierungsbildung begann schon im Sommer 2000, als laufend bessere Umfrageergebnisse den DOS-Sieg ankündigten<sup>12</sup>; damals wurden bereits Ministerposten verteilt, Expertenteams gebildet, Programme konzipiert etc., was alles nun „abgerufen“ werden konnte. Die eigentliche Amtsübernahme erfolgte in ungewöhnlichen Schritten: Ernennung, Vermögenserklärung, medizinische Untersuchung, Arbeitsaufnahme. Die Schwerpunkte der Regierungsarbeit sind sozusagen demoskopisch bei einer politisch „gereiften“ und „maßvoll revanchistisch“ gestimmten Bevölkerung erkundet worden, und zwar in dieser Reihenfolge.<sup>13</sup>

## 2.1. Höherer Lebensstandard, rasche Wirtschaftsgesundung

Die Milošević-Diktatur hat in den Jahren ihres Wirkens 80 bis 90 % aller Serben zu einem Leben an oder unterhalb der Armutsgrenze verdammt.<sup>14</sup> Der Niedergang Serbiens beschleunigte sich zum freien Fall: Von September 1999 bis September 2000 verteuerten sich Industrieprodukte um 103 %, Nahrungsmittel um 50 bis 87 % und für das Jahresende 2000 wurde eine dreistellige Inflationsrate erwartet. Eine neue Veröffentlichung Bela knjiga Miloševićeve vladavine<sup>15</sup> nannte Wirtschaftsdaten im regionalen Vergleich: Durchschnittliche Monatseinkommen in Slowenien 1 100 Mark, in Serbien 87 Mark (Dezember 1999, nachdem sie im Dezember 1990 752 Mark, im Inflationswinter 1993 aber nur 21 Mark betragen hatten), Durchschnittsrenten von 470 Mark (1991) auf 60 Mark (2000) gesunken, Zahl der

---

10 Dragan Bujošević: Vlada Srbije – Povratak u kapitalizam (Regierung Serbiens – Rückkehr zum Kapitalismus), in: NIN, 25.1.2001, S. 12-13.

11 Dragoš Ivanović: Daleko je dosadna država (Der langweilige Staat ist weit weg), in: Republika, Nr. 254, 1.-15.2.2001, S. 3.

12 Dragan Bujošević: Izbori 2000 – Glasanje za novi milenijum (Wahlen 2000 – Abstimmung fürs neue Millennium), in: NIN, 21.9.2000, S. 12-15.

13 Milošević, Nova vlada Srbije..., a. a. O.

14 Detailliert dazu Milosav Milosavljević (Hg.): Socijalna politika u tranziciji (Sozialpolitik im Übergang), Belgrad 1998; zu einer Zusammenfassung der wichtigsten Befunde dieser Studie vgl. Milan Milošević: Socijalni čorsokak (Soziale Sackgasse), in: Vreme, 14.11.1998, S. 22-26.

15 Weißbuch zur Milošević-Herrschaft, von TV CG am 2.10.2000 im Rahmen eines Films über Milošević ausführlich gewürdigt.

Beschäftigten in Serbien (ohne Kosovo) von 2,4 Millionen (1989) auf ca. 1,7 Millionen (1999) gefallen, Zahl der Arbeitslosen von 400 000 (Serbien ohne Kosovo 1988) auf knapp 750 000 (1999) gestiegen. Diese und weitere Horrordaten hat eine Wirtschaft verursacht, die Milošević planmäßig zur Kriegs- und Klientelwirtschaft transformierte, um so seine militärischen Abenteuer finanzieren und seine politische „Nomenklatur“ von ca. 200 000 Anhängern bei der Stange halten zu können.<sup>16</sup> Nach Berechnungen von Transparency International wird Jugoslawien unter 90 Ländern der Welt hinsichtlich des Grades der ökonomischen Korruption nur noch von Nigeria überboten. Hier durch radikale Strukturveränderungen die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und das internationale Standing des Landes zu heben, ist eine Aufgabe, deren Dringlichkeit seit Jahren unstrittig ist, die aber erst jetzt realisierbar ist. Serbien ist ökonomisch so am Boden, dass Wirtschafts- und Finanzminister B. Đelić eigentlich den „Staatsbankrott“ verkünden müsste: 25-30 Milliarden Mark Auslandsschulden, Binnenverschuldung 12 Milliarden Mark, Bankverschuldung bei privaten Devisensparern 7,5 Milliarden Mark, Devisenreserven 300 Millionen Mark, durchschnittliches Monatseinkommen im Januar 2001 110 Mark, je 1 Million Flüchtlinge und Arbeitslose etc.<sup>17</sup>

## 2.2. Bekämpfung von Korruption und Kriminalität

Neuer Gouverneur der Nationalbank ist Mlađan Dinkić, früher Leiter der oppositionellen Ökonomengruppen G17 plus. In den Neunzigerjahren wurde Dinkić durch ein Buch<sup>18</sup> berühmt, in dem er exakt nachwies, wie das Regime mittels Einfrieren von Devisenkonten, Hyperinflation, Preismanipulationen etc. die Bevölkerung schlichtweg bestohlen hat. Das Ausland kannte die Regierungskriminalität, die sich durch Embargobrüche, Devisentransfers etc. manifestierte. Nach russischen Angaben sollen das Regime und seine Klientel das eigene Volk auf diese Weise um 3,8 Milliarden US-Dollar bestohlen haben.<sup>19</sup> Um hier Klarheit zu schaffen, kündigte Premier Đinđić<sup>20</sup> – der bei Interviews in deutschen Medien gern den Kontrast zwischen Miloševićs offiziellem Einkommen und seinem millionenschweren Immobilienbesitz in Belgrad herausstrich – umfangreiche Überprüfungen und nachträgliche Besteuerungen an.<sup>21</sup> Die neuen Männer in Belgrad wissen, dass auch ihre Herrschaft nicht gegen Korruption immun sein wird, aber sie errichten „Dämme“ dagegen, vor allem durch Stabilisierung der Justiz und Förderung von deren Autonomie, und versuchen, durch Schaffung stabiler und transparenter Strukturen, insbesondere bei der Erstellung lokaler Budgets und der Vergabe öffentlicher Aufträge, Korruption niedrig zu halten – nicht zuletzt mit Blick darauf, dass eine „gezähmte“ Korruption ausländische Anleger anlockt.

## 2.3. Konsolidierung politischer Strukturen

Dass Politikausübung unter Milošević pure Willkür war, demonstrierte er selber laufend. Nur wo er gerade amtierte, dort konzentrierte sich die reale Macht, egal ob er Präsident Serbiens war oder ins jugoslawische Präsidialamt rochierte. Die Verfassung interessierte ihn nicht: Beispielsweise überantwortet die jugoslawische Verfassung den Oberbefehl über die Armee einem serbisch-montenegrinischen Obersten Verteidigungsrat, was Milošević nicht

---

16 Vladimir Milovanović: Ko su srpski bogataši (Wer die serbischen Reichen sind), in: Vreme, 15.1.2000, S. 22-23.

17 Bujošević, Vlada Srbije... a. a. O.; Milan Čulibrk: Bula od 50 milijardi maraka (Loch von 50 Mrd. Mark), in: Reporter, (Banja Luka, RS-Ausgabe) 6.2.2001.

18 Mlađan Dinkić: Ekonomija destrukcije (Ökonomie der Destruktion), 1995.

19 Gennadij Sysoev, Oleg Zorin: Belgradskij vor (Der Dieb von Belgrad), in: Ėkspert, 17.10.2000, S. 32-34.

20 Vgl. das Interview mit Đinđić, in: Der Spiegel, Nr. 1/2001, S. 107-110.

21 Vgl. das ausführliche Porträt von Đinđić, in: Reporter, 30.1.2001.

hinderte, sich selber zum Oberkommandierenden zu machen.<sup>22</sup> Die von der Verfassung garantierte Autonomie für die Wojwodina und das Kosovo hob er 1989 auf, die in Kommunen der Wojwodina und des Sandschak regierende Opposition ließ er per Zwangsverwaltung stürzen. Medien machte er durch Zensurgesetze stumm oder ließ sie durch die Polizei besetzen, die Universitäten schloss er, ihre Wissenschaftler zwang er per Gesetz vom 28. Mai 1998 zu Loyalitätserklärungen für sein Regime.<sup>23</sup> Höchste Generäle – die, wie Generalstabschef Momčilo Perišić, seine Politik als „Krieg gegen die ganze Welt“ kritisierten – sonderte er per Säuberung aus, kritische Journalisten wie Slavko Ćurubija fielen Attentaten zum Opfer, von seinem einstigen „Ziehvater“ Ivan Stambolić fehlt seit August 2000 jede Spur. Kurz: Es ist verständlich, dass zehn und mehr Jahre Milošević eine harte Lehre für die neuen Machthaber sind, die schon mit Blick auf die eigene Glaubwürdigkeit und ihren Rückhalt im Volk bemüht sein müssen, auch die geringste Ähnlichkeit mit der vergangenen Herrschaft zu vermeiden. Das Problem der neuen Machthaber ist nicht, die alten Strukturen zu zerschlagen – dafür hat man geeignete Leute wie die Ex-Generäle Perišić und Obradović, den Ex-Geheimpolizisten Mihajlović etc., die gewiss nicht per Zufall Vize-Premiers und Minister wurden. Das Problem ist vielmehr, wie man den neuen Apparat vor einer Infiltration durch den alten und die eigenen neuen Strukturen vor einer Bildung von „Seilschaften“ durch Milošević-Funktionäre bewahrt. Aber dieses Problem ist längst erkannt<sup>24</sup>, von Premier Đinđić in seinem detaillierten Prioritätenprogramm „Rechnungslegung“ (svođenje računa) auch schon aufgelistet worden: Es geht um die gerichtliche Aufarbeitung der Verbrechen des alten Regimes, die Bekämpfung der von ihm initiierten und geduldeten organisierten Kriminalitätsstrukturen in der Gesellschaft, die politische Kontrolle des Geheimdienstes (und seiner Taten im Auftrag des Regimes), die Einführung von Sondersteuern auf Vermögen aus der Milošević-Ära, die Aufhebung von alten Zwangsgesetzen (speziell im Hochschul- und Medienbereich), die Transformation des gesamten Machtapparats im Sinne einer wirksamen Prävention alter Missbräuche und die gesetzgeberischen Vorkehrungen für die national und international allseits geforderten Reformen.<sup>25</sup>

### 3. Kooperation mit Den Haag

Wer die (oben skizzierte) Liste der Verbrechen Miloševićs mit der Anklage gegen ihn, die das International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia (ICTY) in Den Haag am 22. Mai 1999 erließ<sup>26</sup>, vergleicht, wird sich nicht wundern, wenn in Serbien die Bereitschaft zur Auslieferung von Milošević gering ist. Natürlich wollen viele Milošević vor Gericht sehen, aber es ist auch unverkennbar, dass die in Serbien bekannten und dokumentierten Verbrechen Den Haager Tribunal überhaupt nicht interessieren, während zumindest von einigen der für das Haag relevanten Kriegsverbrechen - etwa das „Massaker von Račak“ (Januar 1999) – mehr als zweifelhaft ist, ob es sie überhaupt gegeben hat.<sup>27</sup>

Eine solche Divergenz muss für das Tribunal nichts bedeuten. Diese Institution folgt, seit sie im Februar 1993 per UN-Sicherheitsratsresolution 808 ins Leben gerufen wurde, dem Prinzip der wachsenden strafrechtlichen Verantwortung bei aufsteigendem politischen Rang. Die

---

22 Roksanda Ninčić: Ko komanduje vojskom? (Wer kommandiert die Armee?), in: Vreme, 22.4.2000, S. 15.

23 Rista Trajković et al.: Univerzitet – potreba za promenom (Universität – Bedarf an Veränderung), in: Republika, Nr. 254, 1.-15.2.2001, S. 31.

24 Miloš Vasić: Policijska priča - Hvalisanja i šlihtanja (Polizeigeschichte - Belobigungen und Schlichtungen), in: Vreme, 25.1.2001, S. 22-24.

25 Wortlaut des Programms in: Blic, 18.1.2001.

26 <http://www.un.org/icty/indictment/english/mil-ii990524c.htm>.

27 Dušan Neumann: Kosovo – Když se legenda stane faktem (Kosovo – Wenn eine Legende zur Tatsache wird), in: Týden (Prag), Nr. 21/2000, S. 36-37; Matthias Rüb: Was geschah am 15.1.1999 in dem Dorf Rečak im Kosovo?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.1.2001.

Frage einer gerichtlich nachweisbaren Individualschuld bleibt dabei eher vage, was die ganze Arbeit des Tribunals so undurchsichtig und unbefriedigend macht. Hinzu kommt die (milde gesagt) undiplomatisch fordernde Art der Chefanklägerin, der am 11. August 1999 von den UNO ernannten Schweizerin Carla del Ponte, die wie das verkörperte Weltgewissen auftritt, mit „Geheimanklagen“ spielt und wenig Sinn für politische Rücksichten zu haben scheint: Dass sie z. B. bei ihrem Belgrad-Besuch Ende Januar 2001 „ausplauderte“, Milošević sei damals von der NATO von dem bevorstehenden Bombenangriff auf das Funkhaus des Staatsfernsehens RTS informiert worden<sup>28</sup>, war ein „Eigentor“, nämlich ein Hinweis auf die jahrelange „Komplizenschaft“ zwischen dem Diktator und der internationalen Gemeinschaft, die kaum jemand vor Gericht ausgebreitet sehen möchte.

Wesen und Aufgaben des Tribunals sind in Serbien in allen Details bekannt<sup>29</sup>, und man ist zur Kooperation mit ihm durchaus bereit, konnte sich bislang jedoch nur in der Suche nach Miloševićs Milliardenvermögen mit Den Haag einigen.<sup>30</sup> Um den del Ponte-Besuch entwickelte sich eine kabarettreife Debatte zwischen ihr und ihren Belgrader Kontrahenten: Milošević müsse ausgeliefert werden. – Milošević könne nicht ausgeliefert werden, weil die Verfassung Auslieferungen an fremde Staaten verbiete. – Das Haager Tribunal sei kein „Ausland“, sondern es verkörpere die internationale Staatengemeinschaft. – Wenn das so sei, dann könne Frau del Ponte gewiss ein paar Tipps geben, wie Milošević sein Milliardenvermögen mit internationaler Billigung angehäuft und nach Zypern transferiert habe. Et cetera.<sup>31</sup>

Besonders ernst war das auf beiden Seiten nicht gemeint. Frau del Ponte weiß, dass sie Belgrad nicht zur Auslieferung zwingen kann, weil ihr Begehren bestenfalls „laue“ internationale Unterstützung genießt. Belgrad will Milošević noch nicht ausliefern, weil es befürchtet, dass so etwas unter den noch ungestalteten neuen Bedingungen in Serbien als kollektive Anklage gegen Serbien aufgefasst und mit einer Märtyrerlegendenbildung um Milošević beantwortet werden würde.<sup>32</sup> Aber diese Verweigerung kann es auch nicht endlos betreiben, weil es dann in eine gefährliche Nähe zu Miloševićs Hasspropaganda gegen Den Haag („Teil eines Mechanismus zur Vernichtung Serbiens“) käme.<sup>33</sup>

Tatsache ist zum einen, dass Milošević eine panische Angst vor einer Auslieferung ans Haag Tribunal hat, weswegen er Anfang Januar 2001 in dieser Sache bei Koštunica intervenierte.<sup>34</sup> Er nahm es auch in Kauf, dass seine frühere Schutzgarde zu einer Bewachertruppe wurde, die ihn bis zu seiner Festnahme in einer Art Hausarrest hielt. Zum Zeitpunkt der Festnahme Anfang April 2001 war es die Absicht der serbischen Führung unter Đinđić, Milošević in Serbien anzuklagen.<sup>35</sup>

Belgrad stellte jedoch eine Kooperation mit Den Haag in Aussicht. Nach Ansicht des jugoslawischen Außenministers Goran Svilanović sollte es in kurzer Zeit weder Probleme noch Debatten geben.<sup>36</sup>

---

28 Bericht in: Blic, 24.1.2001.

29 Milan Šahović: Medjunarodni krivični tribunal za bivšu Jugoslaviju (Das internationale Straf-Tribunal für Ex-Jugoslawien), in: Republika, Nr. 254, 1.-15.2.2001, S. 4.

30 Bericht in: Blic, 2.2.2001.

31 Ljiljana Smajlović: Loš dan za Karlu u Beogradu (Schlechter Tag für Carla in Belgrad), in: NIN, 25.1.2001, S. 18-19.

32 So Koštunica in einem Interview für „International Herald Tribune“, ausführlich referiert in: Blic, 25.1.2001.

33 Zlatoje Martinov: Zločin bez kazne (Verbrechen ohne Strafe), in: Republika, Nr. 254, 1.-15.2.2001, S. 5-6.

34 Nenad Lj. Stefanović: Susret Koštunica – Milošević: Kobra, skakavac i Hag (Das Treffen K. – M.: Kobra, Springer und Den Haag), in: Vreme, 18.1.2001, S. 10-11.

35 Bericht in: Blic 15.1.2001.

36 Goran Svilanović (Interview): Sarađivaćemo sa Hagom (Wir werden mit Den Haag zusammenarbeiten), in: NIN, 1.2.2001.

Den Haag hatte bereits eine Gefängniszelle für Milošević eingerichtet – mit Fernseher und Duschkabine – in Belgrad war Anfang Februar 2001 die Anklage gegen Milošević so gut wie fertig<sup>37</sup> und seine Verhaftung unmittelbar bevorstehend, obwohl die DOS-Regierung nun wirklich wichtigere Dinge zu tun hatte.<sup>38</sup> Zeitgleich hatte sich die EU nach Solanas Belgradbesuch damit abgefunden, dass Milošević so bald nicht ausgeliefert werden würde, was die Koštunica-Demokraten bestätigten, andere Parteien bestritten. Das Chaos schien vollkommen; dabei hatte Premier Đinđić die Lösung bei der Rückkehr von seinem USA-Besuch bereits in der Tasche: Bis zum 31. März hatten Belgrad und Den Haag Zeit, eine „Kompromissformel“ zu finden, die beiden Seiten gerecht wird. Dabei geriet Serbien natürlich unter stärkeren Druck, da der politischen Führung des Landes angedroht wurde, sich beim Internationalen Währungsfond (IMF), der Weltbank und anderswo ein paar harsche Abfuhren einzuhandeln.<sup>39</sup> Andererseits signalisierten auch die USA, dass Milošević erst in Belgrad und später in Den Haag verurteilt werden könnte.<sup>40</sup>

## 4. Serbien und Montenegro

Die Bundesrepublik Jugoslawien entstand 1992 als Staatenbund aus Serbien und Montenegro – unter abstrusen Umständen: Eine Kammer eines Parlaments, dessen Mandat abgelaufen war und das die längst zerbrochene Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien repräsentierte, proklamierte den neuen Bundesstaat, der streng genommen niemals eine tragfähige Rechtsgrundlage hatte. Das spielte solange keine Rolle, wie in Belgrad und Podgorica (vormals Titograd) identische „Politische Eliten“ das Ruder führten. Diese Einheit war 1996 am Ende, und in der Folgezeit versuchte Montenegro, sich durch eskalierende Grundsatzforderungen aus der desaströsen Gemeinschaft mit Milošević zu lösen.<sup>41</sup> 1998/99 folgten mehrere Proklamationen, Plattformen etc., die auf ein vierfaches Vetorecht des kleinen Montenegro (13 812 Quadratkilometer, 650 000 Einwohner) hinausliefen.<sup>42</sup> Dabei hatten die Montenegriner internationale Unterstützung, sichtbar vor allem an der mit deutscher Billigung und Förderung 1999 vollzogenen Einführung der Mark als Parallelwährung, was Montenegro die ökonomische Unabhängigkeit verschaffte. In Podgorica war man zudem auf die eigenstaatliche Emanzipation aus, die international – ungeachtet allen „Hofierens“ der Montenegriner – keine Unterstützung fand, weil damit Montenegros Reiz als personelle und systematische Alternative zur Milošević-Diktatur geschwunden wäre. Die internationale Gemeinschaft hatte sich aller direkten Einflussmöglichkeiten auf Milošević begeben und konnte nur noch auf die „Sogwirkung“ hoffen, die von einem international unterstützten Montenegro auf den größeren Bundespartner ausgehen würde.<sup>43</sup>

Montenegro war in der Spätphase Miloševićs monatelang in größter Gefahr, da die jugoslawischen Streitkräfte im Lande standen.<sup>44</sup> Insofern war die internationale Besorgnis verständlich, die aber nach dem Sturz des Diktators keinen Grund mehr hatte. Im Grunde hätte Montenegro nach dem Oktober 2000 wieder still ins jugoslawische Glied treten müssen, da den Ängsten der Montenegriner der Boden entzogen war. Offenkundig aber hatte man in Podgorica zu lange den Duft der großen internationalen Welt geschnuppert, um davon wieder

---

37 Bericht in: Blic, 3.2.2001.

38 Roksanđa Ninčić: Pred hapšenjem (Vor der Verhaftung), in: Vreme, 8.2.2001, S. 12-14.

39 Bericht in: Blic, 5.2.2001.

40 Korrespondenten-Bericht im serbischen Fernsehen, 9.2.2001

41 Velizar Brajović, Nenad Stefanović: Federacija na remontu (Föderation in Reparatur), in: Vreme 10.7.1999, S. 14-15.

42 Wolf Oschlies: Montenegro – Auf zum letzten Gefecht?, in: Konrad Clewing, Jens Reuter (Hg.): Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Akteure – Verlauf, München 2000, S. 247-258.

43 Zoran Kusovac: Montenegro – The crisis that could scuttle Yugoslavia, in: Jane's Intelligence Review July 1998, S. 9-14.

44 Zoran Kusovac: Milosevic prepares to play out Montenegro, in: Jane's Intelligence Review September 1999, S. 14-17.



lassen zu können. Damit aber kehrten sich die Dinge um und gewannen ein Eigengewicht: Bis 2000 hatte Montenegro immer wieder mit einem Referendum gedroht, mit dem es seine Unabhängigkeit beginnen wollte. Seit dem Machtwechsel in Belgrad, aus dem auch eine nahezu unbegrenzte Dialogbereitschaft mit Montenegro resultierte, propagierte die dortige Führung unter Präsident Milo Đukanović (Jahrgang 1962) das Referendum mit aller Macht – in der Hoffnung auf ein eindeutiges Votum des montenegrinischen Volkes (Montenegriner sind Serben, deren einzige Besonderheit ist, in der Geschichte nie von den Osmanen erobert worden zu sein) an dem niemand vorbeikönne.<sup>45</sup>

Die montenegrinische Situation ist ziemlich verworren: Miloševićs einstige Ableger in Montenegro, die Volkssozialisten (SNP), sind inzwischen Partner Koštunicas, der ohne diese noch weniger jugoslawische Macht besäße, als er ohnehin hat. Obwohl Đukanovićs Demokratische Sozialisten (DPS) bei den am 22. April 2001 veranstalteten Neuwahlen nur mit knapper Mehrheit siegten, kündigten sie für den folgenden Sommer ein Referendum über die Unabhängigkeit an. Die Nationalpartei (NS) hat die Regierungskoalition verlassen, der Anteil der Bürger mit „montenegrinischer“ Identität dürfte unter 60 Prozent liegen, Montenegro wurde im Winter 2000/01 von schweren Überschwemmungen, Strom- und Versorgungsnöten etc. geschüttelt, und international unterstützt buchstäblich niemand montenegrinische Souveränitätswünsche – am allerwenigsten die USA, deren neue Führung Präsident Đukanović („die USA sind unser wichtigster Partner“) Anfang Februar 2001 recht brüsk die Tür wies.<sup>46</sup> Auch Großbritannien und die ganze EU halten nichts von einem souveränen Staat Montenegro, weil sie von ihm (uneingestanden) eine Belebung secessionistischer Ambitionen bei den Kosovo-Albanern, den Serben, und Kroaten in Bosnien-Herzegowina und anderen befürchten. Andererseits werden sie eine montenegrinische Eigenstaatlichkeit nicht verhindern können, denn die Kriterien der Badinter-Kommission von 1991, dank derer Kroatien und Slowenien unabhängig wurden, gelten uneingeschränkt auch für die ex-jugoslawische (Teil-)Republik Montenegro. In diesem Dilemma wird man die Montenegriner wohl auf jede Weise entmutigen, ihr eventuelles Unabhängigkeitsvotum aber (zähneknirschend) akzeptieren.

Diese Haltung wird mehr und mehr auch die serbische. In Belgrad möchte man den gemeinsamen Staat durchaus beibehalten – mit Blick auf historische und ethnische Gemeinsamkeiten, aber auch aus Angst vor etwaigen Vorbildwirkungen auf den kosovarischen Sezessionismus. Deshalb war Koštunica um das Konzept einer „funktionalen Föderation“ bemüht, die den Montenegrinern alle Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten einräumte.<sup>47</sup> Podgorica konterte mit einer Plattform „Grundlagen der neuen Beziehungen Montenegros und Serbiens“<sup>48</sup>, die von Ferne an die tschecho-slowakischen Debatten vom Sommer 1992 erinnert: Die Föderation soll alle Verantwortungen für den kleineren Bundespartner übernehmen, aber kaum Einfluss auf diesen ausüben dürfen. Daran zerbrach seinerzeit die Tschechoslowakei, und gegenwärtig zeigt Belgrad abnehmende Bereitschaft, den gemeinsamen Staat um jeden Preis zu retten. Die beiden jüngsten Plattformen stimmen darüber ein, in der Verteidigung, der Außenpolitik und den wirtschaftlichen Grundlagen Gemeinsamkeit zu wahren – mit koordinierender Kompetenz der Bundesregierung nach montenegrinischem Willen, mit entscheidender nach serbischem.<sup>49</sup>

---

45 Detailliert Wolf Oschlies: Montenegro: „Modell balkanischen Lebens“? Zur jüngsten Eskalation des Konflikts Belgrad – Podgorica, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 18/2000.

46 Ljiljana Smajlović: Pucanj u nogu (Schuss in den Fuß), in: NIN, 8.2.2001.

47 Wortlaut in: Blic, 11.1.2001.

48 Wortlaut in: Blic, 4.1.2001.

49 Jasna Kesić: Srbija i Crna Gora u ćorsokaku (Serbien und Montenegro in der Sackgasse), in: Republika, Nr. 254/2001.

Einen bleibenden Vorteil hatte die montenegrinische Absetzbewegung von Serbien immerhin: Der kroatisch-serbisch-montenegrinischen Disput um die Halbinsel Prevlaka – eine 100 Hektar große Landzunge am Eingang der Bucht von Kotor, seit 1992 unter UN-Aufsicht – wurde im September 2000 stillschweigend beendet. Belgrads politischer Einfluss auf Montenegro und seine militärische Präsenz dort waren faktisch geschwunden, und so kamen Montenegro und Kroatien überein, aus diesem unbewohnten, mit militärischer Elektronik vollgestopften Streifen ein internationales Ferienzentrum zu machen, welchen Beschluss man auch umgehend den Vereinten Nationen mitteilte.

Prevlaka scheint Belgrad kaum noch, Montenegro nur noch wenig zu kümmern. In Serbien ist man überzeugt, durch totalen Verzicht auf Miloševićs Brachialpolitik innere Kohäsion zurückzugewinnen und zu regionaler Stabilität beitragen zu können. Das betrifft vor allem multiethnische Gebiete wie die Wojwodina und den Sandschak, die früher gnadenlos ausgebeutet – 40 % trug die Wojwodina zum serbischen Budget bei, ein Prozent bekam sie zurück – und entrechtet wurden. Das wird keine Fortsetzung finden, auch wenn die Details der neuen Politik noch nicht recht klar erscheinen. Symptomatisch war immerhin, dass mit Rasim Ljajić ein Muslim aus dem Sandschak in die jugoslawische Regierung (als Minister für Minderheiten) und mit J. Kasa ein Ungar aus der Wojwodina in die serbische Regierung kamen.

## **5. Serbien, Bosnien und Kroatien**

„Mit Bosnien geht es erst aufwärts, wenn Serbien geschwächt und Kroatien demokratisiert sind“, sagte 1999 der bosnische Präsident Alija Izetbegović. Inzwischen ist Izetbegović aus dem Amt, und in Kroatien (Januar 2000) und Serbien hat es Machtwechsel gegeben. Beide haben die Lage in Bosnien nur indirekt beeinflusst, wie die dortigen Wahlen vom November 2000 bezeugten: Wenn Bosnien-Herzegowina auch im sechsten Jahr nach Dayton kaum Ansätze zur Gesundung zeigt, dann liegt es vor allem an der internen Obstruktion, mit der dort jeder Reformansatz zunichte gemacht wird.

Der auswärtige Aspekt kommt dabei nur insoweit ins Spiel, als mit den Kriegsverbrechern im Präsidentenamt, dem Kroaten Franjo Tuđman (gestorben im Dezember 1999) und dem Serben Slobodan Milošević, die permanente Bedrohung schwand, dass Bosnien unter Serbien und Kroatien aufgeteilt würde (wie Tuđman und Milošević es im März 1991 beschlossen, an welchen Beschluss sie sich getreu hielten).

Tuđman und Milošević hatten im November 1995 das Dayton-Friedensabkommen unterzeichnet, das eine Binnengliederung Bosnien-Herzegowinas in zwei Entitäten vorsah, die bosniakisch-kroatische Föderation und die Republika Srpska (RS). Letztere war eine Bastion Miloševićs, bis Biljana Plavišić sie 1996/97 von den Polit-Gangstern des Radovan Karadžić löste und schrittweise in internationale Aufmerksamkeit zurückführte. Seit Jahresbeginn 2001 steht Frau Plavišić in Den Haag vor Gericht, dem sie sich freiwillig stellte, von ihrer nachweisbaren Unschuld überzeugt. Miloševićs Kriegspolitik hatte die bosnischen Serben – nach einigen maßlos überschätzten Anfangserfolgen – in ein solches Unglück gestürzt, dass sie von Dayton förmlich „gerettet“ wurden. Wäre Dayton auch nur ein halbes Jahr später gekommen, hätte es in Bosnien kaum noch Serben gegeben, weil sie die bosnische Armee vertrieben hätte.

In der Folgezeit verfiel Serbien unter Milošević derart, dass die RS für die Serben eine attraktives Gegenmodell wurde: Dort klappte die Privatisierung der Wirtschaft besser als in Serbien (und in der bosniakisch-kroatischen Föderation), dort ging es aufwärts oder wenigstens nicht steil abwärts wie in Serbien, folglich gab es einen stetigen und zunehmenden Strom serbischer „Flüchtlinge“ in die RS. Dabei blieb es auch, nachdem Biljana Plavišić ausgangs der Neunzigerjahre wieder von der politischen Bildfläche verschwand. Anfang 2000

folgte dann noch das überaus wichtige Urteil des Verfassungsgerichts, das allen drei Staatsvölkern Konstitutivität in allen Landesteilen zusicherte, womit die allgegenwärtige nationalistische Obstruktion und regionale Tendenzen zur ethnischen Exklusivität deutliche Dämpfer bekamen. Dass die international anerkannte, in der UNO vertretene Republik Bosnien-Herzegowina faktisch dennoch ein Nicht-Staat ist, in dem die Zentralorgane keine, die Entitätsorgane größere und die Kantone ausschlaggebende Macht besitzen, ist leider eine Realität.

Derzeit wird die RS von einer Expertenregierung unter Mladen Ivanić regiert, womit Banja Luka dem Druck der in Bosnien allmächtigen Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft entgegenkam, den Einfluss der nationalistischen Serbischen Demokratischen Partei (SDS) so niedrig wie möglich zu halten. Die wird eines besonders engen Verhältnisses zu Belgrad verdächtig, was selbst unter den Auspizien des Belgrader Machtwechsels als inakzeptabel erscheint. Den Politikern beider Zentralen ist das relativ egal, da sie von sich aus um Distanz zueinander bemüht sind: Die RS liegt in Bosnien, und wenn Serbien (Jugoslawien) sein Verhältnis zu Bosnien verbessert, leistet es der RS den bestmöglichen Dienst.

Genau das möchte Belgrad auch, wie Koštunicas Besuch in Sarajewo im Januar 2001 gezeigt hat. Dabei wurde die Anknüpfung offizieller Beziehungen samt „Kooperation in allen Gebieten von beiderseitigem Interesse zur Stabilisierung gutnachbarschaftlicher Verhältnisse in der ganzen Region“ vereinbart, denen auch die „Herstellung spezieller paralleler Beziehungen zwischen der BRJ und der RS“ untergeordnet würden.<sup>50</sup> Zusätzlich brachte Koštunica sogar den Gedanken einer bilateralen Kommission für Wahrheit und Versöhnung in die Debatte ein. Damit hatte er Teile der Öffentlichkeit noch überfordert, aber die Normalisierung des beiderseitigen Verhältnisses dürfte eher eine Frage von Wochen als von Monaten sein. Dasselbe gilt für das serbisch-kroatische Verhältnis, nachdem die Fernsehanstalten beider Länder kürzlich zwei gut gelaunte Präsidenten Koštunica und Mesić Hände schüttelnd zeigten. Alles andere wäre ja auch widersinnig, nachdem ein gründlich gewandeltes Serbien von der internationalen Gemeinschaft (mit den USA voran) mit geradezu demonstrativem Wohlwollen bedacht wird. Etwas vom neuen Belgrader Geist täte auch Sarajewo gut: Dort hat man zwar die militärischen und territorialen Bestimmungen von Dayton recht gut implementiert, dessen politische Vorgaben aber wie sie z. B. in der Verfassung (als Teil des „Friedenspakets“) niedergelegt sind, noch nicht einmal angegangen – was anders wäre, würde man einiges von Koštunicas Politikkonzept lernen.

## 6. Kosovo und Preševo

Im Zusammenleben zweier (oder mehrerer) Völker folgt man immer drei Modellen: Assimilation, Dominanz oder Koexistenz. Im Verhältnis Serbiens zu den Albanern im Kosovo wurde die Assimilation niemals auch nur versucht, während die Dominanz in wechselnden Formen praktiziert wurde, unter denen Miloševićs Kosovo-Politik die verlustreichste und verheerendste (für alle Beteiligten) war.

Seit dem Ende der NATO-Mission im Kosovo hat sich dieses, ungeachtet der Präsenz von UNMIK und KFOR, in ein „Eldorado für Verbrecher“ (Baton Haxhiu) verwandelt, in dem Albaner gegen elf nichtalbanische Volksgruppen einen „systematischen, geplanten Terror, den man nur faschistisch nennen kann“ (Veton Surroi), verüben. Dabei sind die Albaner untereinander zutiefst gespalten, und nur ihre Abneigung gegen Serbien und Serben eint sie noch.

---

50 Sead Hadžović: Bosna i Hercegovina nakon izbora (BH nach den Wahlen), in: Republika, Nr. 254, 1.-15.2.2001, S. 12-13.

Dass die UNO-Sicherheitsratsresolution 1 244 das Kosovo nach wie vor als „integralen Bestandteil Jugoslawiens“ behandelt (dem freilich eine „substanzielle Autonomie“ zustehe), wird von ihnen nicht als Hindernis für ihre selbsterklärte „Unabhängigkeit“ angesehen – man setzt darauf, dass die NATO „ewig“ im Kosovo bleibt, als „Privatarmee“ der Albaner fungiert und deren Treiben deckt.<sup>51</sup>

Faktisch haben die Serben das Kosovo längst aufgegeben: Investitionen und Binnenkolonisation wurden schon vor über zehn Jahren gestoppt, nur in nationalistischen Reden und Liedern war noch vom „heiligen“ Kosovo als „Wiege des Serbentums“ die Rede. Das hätte vermutlich niemanden gehindert, das Kosovo eines Tages aufzugeben - wäre es allein bei diesem geblieben.

Im kosovarischen Prizren, seit 1999 Zentrum des „deutschen Sektors“ hatten 1878 Albaner die Liga von Prizren gegründet, deren Ziel es war, alle von Albanern besiedelten Regionen des Osmanischen Imperiums zusammenzufassen und ihnen eine Autonomie zu verschaffen. Das damalige Konzept hat gegenwärtig eine großalbanische Renaissance erfahren: Geographische Karten, Akademie-Memoranden aus Tirana und Kampfprogramme der kosovo-albanischen Terrortruppe UÇK weisen ein Groß-Albanien aus, das neben Albanien und dem Kosovo auch das südöstliche Montenegro (einschließlich der Hauptstadt Podgorica), Südserbien, zwei Drittel Mazedoniens (einschließlich der Hauptstadt Skopje) und den nordgriechischen Epirus umfasst. Die ersten Kämpfe dafür werden seit Ende November 1999 von der albanischen UÇPMB ausgetragen, die ihren Namen von den südserbischen Orten Preševo, Medveđa und Bujanovac ableitet. Das 20 km lange, 5 km breite Preševo-Tal, durch das die Bahnlinie Belgrad – Thessaloniki führt, wurde am 10. Juni 1999 durch das zwischen NATO und VJ ausgehandelte Militärisch-Technische Abkommen von Kumanovo als Sicherheitszone ausgewiesen, in welcher nur leichtbewaffnete serbische Polizisten anwesend sein durften.<sup>52</sup> Die Serben hielten sich daran und die KFOR hatte keine Truppen im Preševo-Tal. Daher hatte die etwa 1 000 Mann starke, aus dem Kosovo eingesickerte UÇPMB mit ihren schweren Waffen leichtes Spiel. Die rund 60 000 können ihr nicht ausweichen, da sie ihnen Zwangssteuern (in Devisen) und Zwangsrekrutierungen auferlegt. In kosovo-albanischen Medien wird das Preševo-Tal als Ost-Kosovo bezeichnet, das der Republik Kosovo angegliedert werden soll.<sup>53</sup>

Die Spannungen im Preševo-Tal sind von der NATO, der EU, dem UN-Sicherheitsrat und vielen anderen einmütig verurteilt worden, zumal sie mit albanischen Unruhen im nordkosovarischen Mitrovica synchronisiert sind: Mitrovica und Preševo werden wechselseitig „aktiviert“, wenn die internationale Aufmerksamkeit von einem der beide Brennpunkte abgelenkt werden soll. Aber diese Aufmerksamkeit besteht, und sie wendet sich mehr und mehr gegen die Kosovo-Albaner.

In dieser Lage hat Belgrad, unter Federführung von Vize-Premier Nebojša Čović, eine erstaunliche Initiative gestartet, die ganz bewusst das totale Gegenteil von Miloševićs Kosovo-Politik propagiert: Wo dieser Autonomien beseitigte, Albaner aus Armee und Polizei hinauswarf (was 1991 die eigentliche Geburtsstunde der UÇK war), sie beruflich und schulisch diskriminierte etc., da bietet Belgrad den Albanern heute jede Form von Integration an – in Bundes- und Republikministerien, in die Polizei usw., dazu ein „hohes Maß an lokaler Selbstverwaltung“<sup>54</sup>, allerdings keinen „Sonderstatus“ oder gar einen „albanischen Staat im Staate“.<sup>55</sup>

---

51 Ibrahim Rugova (Interview): „Die Nato ist unsere Privatarmee“, in: Der Spiegel, Nr. 50/2000, S. 194 ff.

52 Mit Billigung der NATO kehrten die jugoslawischen Streitkräfte von März bis Mai 2001 in die Sicherheitszone zurück.

53 Dejan Anastasijević, Jovan Dulović: Zona visokog rizika (Zone hohen Risikos), in: Vreme, 30.11.2000, S. 8-11.

54 Wortlaut des Čović-Plans in: Vreme, 8.2.2001, S. 20-21.

55 Die einschlägigen Aussagen zu diesem Programm wie auch zur Lage im Preševo-Tal erfolgten im Januar/Februar 2001 vorwiegend im serbischen Fernsehen RTS. Vgl. dazu auch Nebojša Čović (Interview): Nema više solo pevanja (Es gibt keinen Sologesang mehr), in: Vreme, 11.1.2001, S. 10-13.

Mit diesem Programm will Serbien nicht nur im Preševo-Tal „siegen“ – „ohne Armee und Waffen“ (Čović) – es will dort auch ein „Muster“ für kommende Klärungen der Kosovokrise schaffen. Das Programm ist (vor allem wenn Čović es vertritt, der es Anfang Februar 2001 an der DOS vorbei auf einem Belgrader Menschenrechtsseminar vorstellte<sup>56</sup>) konzeptionell und operational bestens vorbereitet, in Belgrad macht man sich keine Illusionen über die nötige „Geduld“ bei seiner Implementierung, und den „Segen“ der internationalen Gemeinschaft hat man ohnehin.

## 7. Schlussbemerkung

Serbien hat sich, wie gezeigt, deutlich gewandelt. Ist es aber auch dabei, sich vom früheren „Faktor der Instabilität“ zum konstruktiven Gegenteil zu wandeln? Für eine bejahende Antwort gibt es viele Indizien - aber auch viele „Vorschusslorbeeren“ für die neue Führung eines Landes.

Niemand hat auf dem Balkan irgendein politisches, wirtschaftliches, strategisches oder sonstiges Interesse; wenn man sich in der europäischen Südostregion dennoch engagiert (und für sie einen milliardenschweren Stabilitätspakt auflegt), dann geschieht das allein in der Wahrung europäischer Werteinteressen. Diese erfordern dreierlei: eine befriedete Region, friedliche Länder in der Region, ein garantiertes Mindestmaß an Menschen- und Minderheitsrechten in jedem Land.

Unter Milošević war das kriegerische, diktatorisch regierte und großserbisch motivierte Serbien der verkörperte Widerspruch dieser Postulate. Unter Koštunica und Đinđić verspricht das Land, ihnen mit jedem Tag mehr zu genügen. Das tut es nicht wie etwa das Post-Tudjman-Kroatien widerstrebend und zögernd, vielmehr agiert es mit einer Entschlossenheit, die aus der Erkenntnis der Verderblichkeit aller früheren Politik resultiert: Wer so wie Serbien am Boden liegt, kann sich nur noch erheben.

Die „teuflischen“ Details werde in keinem Fall ausbleiben: Nach zehn Jahren Milošević trägt Serbien an einer Riesenbürde sozialer, ökonomischer, kultureller und weiterer Defizite, an die in der gegenwärtigen Euphorie im In- und Ausland niemand denken mag. Im Inland wird man sehr bald daran denken müssen – im Ausland ahnt man jetzt schon, dass enorme Hilfen für das Land nötig sein werden. Ein Problem ist das weiter nicht: Teuer war der Balkan in den letzten Jahren immer – nun aber bietet sich die solide Chance, dass jede Finanzaufwendung sich in den Kategorien südosteuropäischer Sicherheit und Stabilität „auszahlt“.

Prof. Dr. Wolf Oschlies  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung  
Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

---

56 Dejan Anastasijević: Kriza na jugu Srbije – Hrabrost za normalnost (Krise im Süden Serbiens – Mut zur Normalität), in: Vreme, 8.2.2001, S. 19-21.